

9/1995

Bekämpfung der Armut durch sozialen Ausgleich

Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem Weltsozialgipfel in Kopenhagen

Mit einem Appell, entschlossen gegen Armut, Arbeitslosigkeit und sozialen Verfall vorzugehen, ist die erste Weltkonferenz der UN für soziale Entwicklung in Kopenhagen beendet worden. Die Sozialkonferenz der 182 Staaten, an der 118 Staats- und Regierungschefs teilnahmen, war das größte Gipfeltreffen in der Geschichte der UN. Der Gipfel einigte sich auf die „Erklärung“ und ein „Aktionsprogramm“, in dem sich die Staats- und Regierungschefs in „zehn Verpflichtungen“ auf die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut einigten.

Bundeskanzler Helmut Kohl plädierte in seiner Ansprache für eine freie Welthandelsordnung, um die Chancen armer Länder auf Entwicklung zu verbessern. Er sagte: „In den Industrieländern müssen wir einen besseren Marktzugang für Erzeugnisse aus den Entwicklungsländern erreichen.“ Kohl wies darauf hin, daß Deutschland nicht nur zu jenen Ländern gehöre, die am meisten Entwicklungshilfe leisteten, sondern in den vergangenen Jahren auch erhebliche Mittel für die Länder Mittel- und Osteuropas bereitgestellt habe. Zugleich forderte Kohl, wie schon zu Beginn des Treffens, Arbeitsminister Blüm auf, Kinderarbeit weltweit zu ächten.

Die weltweite Abschaffung von Kinderarbeit ist besonders dringlich, sagte der Kanzler. Verbote alleine nützen nichts, wenn die wirtschaftliche Not

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

- **Norbert Blüm**
Gemeinschaftsaktion gegen Langzeitarbeitslosigkeit. Seite 5
- **Familienpolitik**
Wahlrecht zwischen Kindergeld und Freibetrag. Seite 7
- **Beschäftigungspolitik**
Anhaltende Besserung auf dem Arbeitsmarkt. Seite 12
- **BAföG**
Bundeskabinett beschließt Gesamtkonzept zur Ausbildungsförderung. Seite 15
- **Sachsen-Anhalt**
Höppner und PDS gefährden innere Sicherheit. Seite 18
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Vorstellung neuer Sympathie-Werbemittel. Seite 23
- **Dokumentation**
Wir brauchen das Miteinander der Generationen. Grüner Teil

Kein Ersatz für Kohlepfennig

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, erklärte zum Koalitionsgespräch über die Subventionierung der deutschen Steinkohle:

1. Die Koalition schlägt zur Finanzierung der Koksbeihilfe den Ländern NRW und Saarland einen Verteilungsschlüssel von 60 : 40 (Bund/Land) vor. Der Finanzrahmen wird — wie beim Artikelgesetz — plafondiert.
2. Die Koalition bekennt sich zum Artikelgesetz und will auf dessen Grundlage die Frage der Finanzierung der Kohleverstromung im Rahmen der Energiekonsensgespräche klären.

Geschäftsgrundlage für die Koalition ist dabei ein Energiemix, zu dem unverzichtbar die Kernenergie gehört.

Bei den Energiekonsensgesprächen wird die Koalition eine vertretbare Absenkung des Finanzplafonds zu einem früheren Zeitpunkt zur Diskussion stellen. Für den Kohlepfennig soll keine Ersatzsteuer erhoben werden.

3. Die Koalition wird die Frage der Finanzierung der Kohleverstromung unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Energiekonsensgespräche im Rahmen des Haushaltsentwurfs 1996 einvernehmlich entscheiden.

(Fortsetzung von Seite 1)

zu anderen Einsichten zwingt. Gemeinsam mit unseren Partnern in den Entwicklungsländern und der internationalen Arbeitsorganisation werden wir deshalb das Sonderprogramm zur Beseitigung von Kinderarbeit, das auf fünf Jahre begrenzt war, fortführen. Es wäre gut, wenn sich auch andere an diesem Programm beteiligen würden.

Eine herausragende Rolle in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung mit sozialem Ausgleich spielen verantwortungsvolle Sozialpartner — Gewerkschaften und Unternehmer. Sie haben maßgeblichen Einfluß auf die sozialpolitische Entwicklung. Ohne ihre Mitwirkung sind sozialer Konsens und sozialer Frieden nicht erreichbar.

Ein solides Sozialsystem wirkt sich positiv auf das wirtschaftliche Wachstum aus. Sozialer Frieden trägt auch wesentlich

dazu bei, innere Konflikte ebenso wie Konflikte zwischen Staaten zu vermeiden. Deutschland gehört nicht nur zu den größten Gebern von Entwicklungshilfe; es hat in den letzten Jahren wie kein anderer Staat zusätzlich erhebliche Mittel für den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau in den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas sowie in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion zur Verfügung gestellt.

„So wichtig finanzielle Hilfe auch ist, wir müssen uns von dem Irrglauben befreien, daß sozialer Fortschritt allein mit Geld zu kaufen ist. Ebenso wichtig ist Beratung und praktische Hilfe. Wir alle haben in mehr als 30 Jahren Entwicklungszusammenarbeit lernen müssen, daß der Schlüssel für den Erfolg Hilfe zur Selbsthilfe ist. Deutschland wird hierzu weiter seinen Beitrag im Geiste vertrauensvoller Zusammenarbeit leisten“, erklärte Helmut Kohl.

Kluft zwischen arm und reich darf nicht so bleiben wie sie ist

Dieser Weltsozialgipfel soll die Demonstration einer gemeinsamen Weltverantwortung sein. Es gibt auf Dauer keinen Gewinn des einen auf Kosten des Verlustes eines anderen. Diese Einsicht ist das Fundament einer weltweiten Solidarität, die kein Volk ausschließt, sondern alle Menschen umfaßt. Wir sind gleichsam die gemeinsame Besetzung einer Welt-raumfähre Erde, die im Weltall kreist. Ein Leck gefährdet die gesamte Besatzung. Von der „Diagnose der Gemeinsamkeit“ müssen wir zur „Therapie der Gemeinsamkeit“ weiterschreiten.

Das ist der Weg vom ersten zum zweiten Schritt. Und der zweite Schritt ist schwerer als der erste. Aber ohne den ersten Schritt gibt es keinen zweiten. Jede große Reise beginnt mit dem ersten Schritt.

Weltinnenpolitik

Die Volkswirtschaften wandeln sich zur globalen Weltwirtschaft. Handelsnetze umspannen den Erdball. Finanz- und Kapitalströme umkreisen die Erde. Die Sozialpolitik darf nicht hinter der Entwicklung zurückbleiben. Sozialnetze müssen die Völker verknüpfen.

Die Weltgeschichte sucht sich ein neues Flußbett. Von der traditionellen Außenpolitik zu einer neuen Weltinnenpolitik führt der Weg.

Globale Gesellschaftspolitik

Die Aufgaben wandeln sich. Die Beziehungen der Völker werden nicht mehr allein den Staaten und deren Regierungen überlassen. Gesellschaftliche Organisationen und Verbände treten über nationale Grenzen hinweg in Kontakt.

Ausdruck dieser neuen Verantwortung ist die Teilnahme der Nichtregierungsorganisationen an dieser Konferenz. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, Kirchen und Sozialverbände sind neue Stimmen im internationalen Konzert. Sozial wird ein Hauptwort der internationalen Politik.

Rede von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm anlässlich des Weltgipfels für soziale Entwicklung am 6. März 1995 in Kopenhagen

Gewichte verschieben sich: von der Staatwelt zur Gesellschaftswelt.

Friedenspolitik

„Der Weltfrieden kann auf Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden.“ Schon seit 76 Jahren steht dieser Satz im Gründungsdokument der Internationalen Arbeitsorganisation. Die Realität folgt noch immer nicht dieser Einsicht. Große Ungerechtigkeit quält noch immer die Menschheit und Kriege sind die Folgen. Viele Kriege sind nicht mehr National- sondern Sozialkriege.

Wenn die Bombe des Hungers platzt, wird ihre Sprengwirkung stärker sein, als alle bisher bekannten und befürchteten Explosionen der Atombombe. Die Welt wird in einem Chaos von Völkerwanderungen versinken, wenn die Kluft zwischen arm und reich so bleibt wie sie ist, oder gar noch größer wird.

Diese Sozialkonferenz ist die größte Friedenskonferenz der Geschichte.

Menschenrechte

Die Staaten organisieren ihre inneren Angelegenheiten souverän. In Sachen Menschenrechte gilt dieses Prinzip nicht. Die elementaren Menschenrechte gelten weltweit. Es gibt nirgendwo und unter keinen Bedingungen eine Rechtfertigung für Folter oder Hungertod.

Hunger ist die größte Kriegsmacht. 15 Millionen Hungertote Jahr für Jahr: Das ist 15-millionenfache Verletzung der Menschenrechte. Hunger führt Krieg gegen die Humanität.

100 Millionen Menschen sind auf der Flucht, das ist ein Krieg gegen das Recht auf Heimat, das jedem zusteht.

Arbeit für alle

Arbeit ist die Quelle des Wohlstandes. Arbeitslosigkeit ist der Nachschub für Armut. Arbeit ist Hilfe zur Selbsthilfe.

Arbeit ist die beste Sozialpolitik. Diese Einsicht gilt in den Industrie- und in den Entwicklungsländern. Arbeit schafft nicht nur selbst erworbenes Einkommen. Arbeit ist Teilhabe an der Gesellschaft. Ohne Arbeit kein Sozialprodukt und ohne Sozialprodukt keine Verteilungspolitik.

Die wichtigste Voraussetzung für Arbeit sind Gesundheitsschutz und Bildung. Eine Grundausstattung von Gesundheitsschutz und Bildung muß allen Menschen ohne Rücksicht auf Herkunft, Geschlecht, Rasse, Religion offenstehen.

Kinderarbeit

Kinderarbeit ruiniert die Gesundheit von Kindern. Sie muß verboten werden. Produkte, die mit dem gesundheitlichen Ruin von Kindern oder gar mit dem Tod der Kinder verbunden sind, dürfen keine Kunden finden.

Morden kann man mit dem Beil. Morden kann man aber auch mit Ausbeutung.

Frauenarbeit

Frauen werden in vielen Teilen der Erde noch immer diskriminiert. Ihnen werden Bildungschancen verweigert. Ihnen wird der Zugang zur Arbeit verweigert. Sie erhalten bei gleicher Arbeit weniger Lohn. Weltweit müssen Männer und Frauen eine Antidiskriminierungsmacht aufbauen.

Gewerkschaftsfreiheit

Zur Selbstverteidigung der Arbeitnehmer gehört die Vereinigungsfreiheit. Gewerkschaftsfreiheit ist der beste Schutz gegen Ausbeutung. Staaten, die Gewerkschaften behindern oder verbieten, blockieren soziale Entwicklung.

Sehen, Urteilen, Handeln

Erkennen von Mißständen ist wichtig. Forderung von Verbesserung ist wichtig. Noch wichtiger ist Handeln. Sehen, Urteilen und Handeln: Das ist der Dreisprung des Fortschritts.

Aus guten Vorsätzen müssen gute Taten werden. Was vereinbart wurde, muß auch gehalten werden. Es darf keine Distanz zwischen Wort und Tat, zwischen Vereinbarung und Einhaltung geben. Die Vereinten Nationen und die Internationale Arbeitsorganisation müssen gestärkt werden, damit Vereinbarungen auch eingehalten werden. Je mehr Übereinstimmung wir in dieser Woche erzielen, um so stärker wird die Berufungsinstantz der Armen, Unterdrückten und Diskriminierten auf Verbesserung ihrer Lage. Wenn eine gemeinsame Moral eine Weltmacht wird, dann zwingen wir die Ausbeuter zum Rückzug. Europa will ein Teil dieser moralischen Weltmacht Menschlichkeit sein.

Gemeinschaftsaktion gegen Langzeitarbeitslosigkeit

Am 13. März 1995 appellierten Norbert Blüm, Bundesarbeitsminister, Hans-Olaf Henkel (Bundesverband der Deutschen Industrie), Roland Issen (Deutsche Angestelltengewerkschaft), Bernhard Jagoda (Bundesanstalt für Arbeit), Klaus Murmann (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) und Dieter Schulte (Deutscher Gewerkschaftsbund) gemeinsam an die Betriebe und Unternehmen, Langzeitarbeitslose einzustellen.

Den Anstoß für diese Initiative hatte das Spitzengespräch bei Bundeskanzler Helmut Kohl am 25. Januar gegeben. Mit Hilfe dieser Konzertierte Aktion soll Langzeitarbeitslosen eine neue Perspektive gegeben werden. Einen Leitfaden stellte Bundesminister Norbert Blüm der Presse in Bonn vor. Dabei erklärte er: In Deutschland geht es konjunkturell wieder aufwärts. Die Wirtschaft wächst. Die konjunkturelle Erholung zeigt sich auch schon am Arbeitsmarkt. Auch das ist eine gute Botschaft. Aber immer noch suchen über drei Mio. Menschen Arbeit. Das ist keine gute Nachricht. 1,2 Mio. Menschen suchen seit mehr als einem Jahr einen Arbeitsplatz, sie sind langzeitarbeitslos. Diesen Menschen wollen wir wieder Arbeit und damit neue Hoffnung und Zukunft geben.

Gewerkschaften, Arbeitgeber und Bundesregierung sind sich einig: Der Aufschwung darf an den Langzeitarbeitslosen nicht vorbeigehen.

Langzeitarbeitslose sind meist besser als ihr Ruf. Wer nach konjunkturbedingter Entlassung oder nach dem Konkurs sei-

nes Betriebes trotz intensiver Bemühungen nicht rasch wieder eine Beschäftigung gefunden hat, ist nicht selber Schuld an seiner längeren Arbeitslosigkeit.

Die Statistiken belegen: In jeder Rezession steigt nicht nur die allgemeine Arbeitslosigkeit, sondern ganz besonders auch die Langzeitarbeitslosigkeit. Selbst wenn ein Teil der älteren Langzeitarbeitslosen bereits in Richtung Rente schaut, bleibt doch eine große Zahl von Arbeitnehmern, die dringend eine neue Beschäftigung sucht.

Unter den Langzeitarbeitslosen sind heute besonders viele, die gut qualifiziert sind und die eine sehr stabile Erwerbsbiographie aufweisen — bis sie arbeitslos geworden sind:

- Zwei Drittel der etwas älteren Langzeitarbeitslosen sind erstmals arbeitslos geworden.
- Jeder 2. hat eine abgeschlossene Berufsausbildung.
- Jeder 5. war vorher in gehobener Position angestellt.
- Zwei Drittel haben keine gesundheitlichen Einschränkungen.

Rund 60 Prozent der Langzeitarbeitslosen in Westdeutschland sind älter als 45 Jahre.

Warum auch sollten sie den beruflichen Anforderungen nicht mehr gewachsen sein? Ältere haben nicht nur große Berufserfahrung, sondern auch ein hohes Maß an erworbenem Urteilsvermögen. Sie zeichnen sich durch Zuverlässigkeit und gute berufliche Kenntnisse aus. Das sind Eigenschaften, die in der Berufswelt unentbehrlich sind. Ältere Arbeitnehmer

können auch auf einem neuen Arbeitsplatz ihren Mann oder ihre Frau stehen. Jeder von uns hier auf dem Podium ist ebenfalls älter als 45 Jahre, und wir meinen dennoch, daß wir unseren beruflichen Aufgaben voll gewachsen sind.

In Ostdeutschland ist der Frauenanteil unter den Langzeitarbeitslosen besonders hoch, nämlich rund drei Viertel. Ihre Qualifikation dürfte außer Frage stehen. Mit flexibleren Arbeitszeiten und mehr Teilzeitarbeit beispielsweise sollte es doch machbar sein, die Chancen dieser Frauen zu verbessern.

Warum haben wir uns gerade jetzt zusammengesetzt? Arbeitsmarktpolitik, auch Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose, fängt ja nicht erst heute an:

■ Für berufliche Weiterbildung, die auch für Langzeitarbeitslose notwendig ist, geben wir in diesem Jahr über 15 Mrd. DM aus.

■ In Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Beschäftigungsprojekten der Produktiven Arbeitsförderung sind nicht zuletzt Langzeitarbeitslose beschäftigt. Insgesamt geben wir in diesem Jahr dafür 12,5 Mrd. DM aus. Insgesamt wenden wir für aktive Arbeitsmarktpolitik 50 Mrd. DM auf.

Wir sitzen deshalb heute hier zusammen, weil wir am Beginn einer Aufschwungphase am Arbeitsmarkt stehen und diese gezielt dazu nutzen wollen, der Wiederbeschäftigung Langzeitarbeitsloser zusätzliche Impulse zu geben. Es geht darum, Langzeitarbeitslose auf reguläre Arbeitsplätze zu vermitteln. Der Aufschwung wird zu umfangreichen Personaleinstellungen führen. Viele Betriebe haben in der Rezession ihr Personal so weit heruntergefahren, daß die sich füllenden Auftragsbücher Neueinstellungen notwendig machen. Warum sollten da

nicht auch Arbeitnehmer eine Chance bekommen, die bereits seit längerer Zeit arbeitslos sind? Nützliche und praxisorientierte Hinweise dazu enthält der verteilte Leitfaden.

Mit dem neuen Langzeitarbeitslosenprogramm wollen wir noch einen zusätzlichen An Schub für Langzeitarbeitslose zurück in den regulären Arbeitsmarkt geben.

Der Leitfaden „Gegen Langzeitarbeitslosigkeit: Mittel, Wege und Programme“ ist zu beziehen über das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Telefon: 0228/527-1111.

Weitere Informationen gibt über das Bürgertelefon: Mo-Do, 8.00 bis 20.00 Uhr, Telefon: 0130/6284.

Wir wollen und können nicht für jeden Arbeitslosen einen Lohnkostenzuschuß geben. Erstens ist das zur Verfügung stehende Finanzvolumen begrenzt. Und zudem gibt es auch unter den Langzeitarbeitslosen viele, die mit jedem anderen Arbeitnehmer mithalten können. Die Arbeitsämter können aber dann einen Lohnkostenzuschuß anbieten, wenn dies notwendig erscheint.

Mit dem neuen Langzeitarbeitslosenprogramm mit einem Finanzvolumen von drei Mrd. DM können wir 180.000 Langzeitarbeitslose wieder eingliedern. Mit dem bisherigen Programm sind von 1989 bis jetzt 130.000 Langzeitarbeitslose wieder in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis gebracht worden.

Familien können zwischen Kindergeld und Freibetrag wählen

Zur Fortentwicklung des bestehenden Familienlastenausgleichs zu einem Familienleistungsausgleich haben die Bundestagsfraktionen der Koalition von Union und FDP Verbesserungen für die Familien in Höhe von sechs Milliarden DM beschlossen. Es soll für die Familien ein Wahlrecht zwischen Kindergeld und Kinderfreibetrag geschaffen werden:

● Das Kindergeld wird für das erste und zweite Kind auf 200 DM im Monat, für die weiteren Kinder auf 300 DM im Monat angehoben. Heute beträgt das Kindergeld pro Kind mindestens 70 DM, für das zweite Kind gibt es einen Höchstbetrag von 130 DM, für das dritte einen Höchstbetrag von 220 DM und für jedes weitere einen Höchstbetrag von 240 DM.

● Der Kinderfreibetrag wird pro Kind auf 6.264 DM im Jahr angehoben. Der Kinderfreibetrag beläuft sich heute auf 4.104 DM.

Diese Reform soll zum 1. Januar 1996 in Kraft treten.

Zu den Gründen für die Neuordnung erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Heiner Geißler**: Der bestehende Familienlastenausgleich, also das Nebeneinander von Kindergeld, Kindergeldzuschlag und Kinderfreibeträgen im Einkommensteuerrecht, führt zu unbefriedigenden Ergebnissen und ist deshalb reformbedürftig.

Das Bundesverfassungsgericht hat 1990 entschieden, daß bei der Einkommenbesteuerung ein Betrag in Höhe des Existenzminimums der Familie steuerfrei bleiben muß; nur das darüber hinausgehende Einkommen darf der Besteuerung unterworfen werden. Da die Minderung

der Leistungsfähigkeit im verfassungsrechtlich gebotenen Umfang durch einen Abzug der Aufwendungen von der steuerlichen Bemessungsgrundlage berücksichtigt werden muß, so das Bundesverfassungsgericht weiter, wirkt sich die Entlastung in einem Einkommensteuersystem mit progressivem Tarif ebenfalls progressiv aus. Dies bedeutet, daß die Einkommenswirkung des Kinderfreibetrages um so höher ist, je höher das Einkommen der Familie ist.

Ein Ehepaar ohne Kinder, das ein zu versteuerndes Jahreseinkommen von 240.000 DM hat, zahlt 81.502 DM Einkommensteuer. Wenn dieses Ehepaar ein Kind hat, dann kann ein Kinderfreibetrag in Höhe von 4.104 DM geltend gemacht werden. Dieser Freibetrag reduziert das zu versteuernde Einkommen auf 235.896 DM. Die Einkommensteuer beträgt dann 79.340 DM. Dieser Kinderfreibetrag bewirkt also eine Verminderung der Einkommensteuerschuld von 2.162 DM.

Ein Ehepaar mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 60.000 DM zahlt 10.708 DM Einkommensteuer. Durch den Kinderfreibetrag von 4.104 DM verringert sich das zu versteuernde Einkommen auf 55.896 DM. Die Einkommensteuer beträgt dann 9.668 DM, also 1.040 DM weniger.

Eine Familie, die gar keine Steuern zahlt, kann natürlich auch durch den Kinderfreibetrag im Einkommensteuerrecht nicht mehr entlastet werden.

Dies zeigt, daß das Steuerrecht nicht geeignet ist, um alle Familien zu entlasten. Für den Familienleistungsausgleich hat deshalb das Kindergeld eine unverzichtbare Aufgabe.

Um zu einer verfassungsrechtlich einwandfreien Lösung zu kommen, hat sich die Koalition entschieden, künftig eine Wahlmöglichkeit zwischen einem Kinderfreibetrag in Höhe des — steuertechnisch gerundeten — Existenzminimums von 6.264 DM oder einem Kindergeldanspruch einzuräumen. Dieses System steht also auf zwei Säulen, dem Kinderfreibetrag und dem Kindergeld.

Während der Diskussion wurde die Frage sorgfältig geprüft, ob nicht ein Kindergeld in Höhe von maximal rund 200 DM gewährt werden sollte, wobei die steuerliche Entlastungswirkung des Kinderfreibetrages in Höhe von 6.264 DM verrechnet werden sollte: Je höher die Einkommenswirkung des Kinderfreibetrages, desto niedriger das Kindergeld. Diese Pläne wurden nicht verwirklicht. Zwei wichtige Argumente sprachen dagegen:

- Zum einen müßte bei jeder Gehaltserhöhung das Kindergeld automatisch gekürzt werden. Dies würde zur Verärgerung bei den Familien führen und wäre leistungsfeindlich.

- Zum anderen müßte das Kindergeld für jede Familie im Einzelfall spitz ausgerechnet werden. Dies wäre ein bürokratisches Verfahren. Wir wollen aber einen schlanken Staat.

Höhe und Staffelung des Kindergeldes

Die maximale Einkommenswirkung des Kinderfreibetrages liegt bei knapp 280 DM im Monat für Familien mit sehr hohem Einkommen. Dies ist mehr, als das Kindergeld für das erste und zweite Kind.

Warum beträgt das zukünftige Erst- und Zweitkindergeld nicht auch 280 DM? Der Grund hierfür ist, daß nicht genügend Geld in den öffentlichen Kassen vorhanden ist. Mehr Geld für die Fami-

lien könnte vor allem bereitgestellt werden, indem die Steuern erhöht oder die Staatsverschuldung ausgeweitet würde.

Eine Anhebung der Steuern wäre angesichts der ohnehin hohen Abgabenbelastung der Bürgerinnen und Bürger nicht zu vertreten und würde auch die anspruchsvolle Konjunktur gefährden. Eine Ausweitung der Staatsverschuldung würde dazu führen, daß wir heute das Brennholz unserer Kinder verfeuern würden. Mit einer erhöhten Staatsverschuldung könnten wir zwar heute das Kindergeld anheben und damit heute für mehr Kaufkraft bei den Familien sorgen. Diese Staatsverschuldung würde aber gerade zu Lasten unserer Kinder und Kindeskinde gehen, da sie die Schulden bezahlen müssen, die wir heute machen.

Mit dem Kindergeld von jeweils 200 DM im Monat für die ersten beiden Kinder und 300 DM im Monat für die weiteren Kinder wird der Familienleistungsausgleich gestaffelt und entlastet die großen Familien.

Die SPD kann nur deshalb höhere Leistungen ankündigen, weil sie die Vorteile des Ehegattensplittings beschränken möchte. Die Gegenfinanzierung höherer Kindergeldleistungen durch eine Kappung des Ehegattensplittings ist aber verfassungsrechtlich äußerst problematisch und politisch höchst umstritten.

Damit die Schaffung des Familienleistungsausgleichs Wirklichkeit wird, müssen Bund und Länder eng zusammenarbeiten. Da die Entlastung für die Familien möglichst weitgehend durch das Finanzamt und ihnen schon beim Steuerabzug zugute kommen soll, ist es nötig, daß die Länder, die für die Finanzverwaltung zuständig sind, die steuerrechtlichen und verwaltungsmäßigen Voraussetzungen bei den Finanzämtern schnell schaffen.

Unveränderte Lastenverteilung zwischen den Gebietskörperschaften

Bestandteil dieser Reform ist, daß die Aufteilung der finanziellen Lasten des Familienleistungsausgleichs zwischen den Gebietskörperschaften, also Bund, Länder und Gemeinden, unverändert bleibt. Heute zahlt der Bund das Kindergeld und den Kindergeldzuschlag alleine. In diesem Jahr werden rund 20 Milliarden DM an Kindergeld einschließlich Kindergeldzuschlag ausgezahlt.

Die Steuermindereinnahmen aufgrund des heutigen Kinderfreibetrages in Höhe von 4.104 DM pro Kind teilen sich Bund, Länder und Gemeinden. Die Steuermindereinnahmen werden sich in diesem Jahr auf rund 17 Milliarden DM belaufen, wobei der Bund und die Länder jeweils 42,5 Prozent dieser Mindereinnahmen tragen. Die Gemeinden werden mit 15 Prozent belastet. Der Bund trägt heute insgesamt rund 27 Milliarden DM des Familienlastenausgleichs, die Länder und Gemeinden knapp zehn Milliarden

DM. Da das Kindergeld mit der Einkommensteuer verrechnet werden soll, ergeben sich auch in diesem Modell weiterhin Steuermindereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden. In den Fällen, in denen die Familien keine Steuern zahlen oder die Steuer niedriger ist als das Kindergeld, muß das Finanzamt Geld auszahlen. Dieses Geld könnte dann weiterhin vom Bund finanziell getragen werden. Dadurch würde sich voraussichtlich die prozentuale Aufteilung der Lasten nicht wesentlich verschieben.

Der Koalitionsbeschluß sieht vor, daß der Familienleistungsausgleich in den Folgejahren unter Berücksichtigung der Veränderung des Existenzminimums weiterentwickelt wird. Dies bedeutet, daß der Kinderfreibetrag im Einkommensteuerrecht und damit auch das Kindergeld entsprechend der Preisentwicklung angehoben werden muß.

Ein Beschluß in der Kontinuität der Programmatik der Union

Alle wichtigen familienpolitischen Maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland — Bundeskindergeldgesetz, Erziehungsgeldgesetz mit Erziehungsurlaub und Beschäftigungsgarantie, Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht, Stiftung Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens — sind von der Union initiiert und politisch durchgesetzt worden. Die Sozialdemokraten haben sich 1982 aus der Familienpolitik im Bund mit der Kürzung des Kindergeldes für das zweite und dritte Kind um jeweils 20 DM im Monat verabschiedet. Im Juli 1974 hatte unsere Fraktion mit

den Unterschriften Carstens und Stücklen einen Gesetzentwurf zur Vereinheitlichung des Familienlastenausgleichs in den Deutschen Bundestag eingebracht. Ziel war gewesen, eine gleiche Förderung für alle Kinder zu erreichen.

In den achtziger Jahren hatten wir durch die Einführung des Kinderfreibetrages im Einkommensteuerrecht unsere Steuersenkungspolitik mit der Familienpolitik verbunden. Da Familien mit kleinen Einkommen nicht vom Kinderfreibetrag profitieren, hatten wir aus Gründen des sozialen Ausgleichs den Kindergeldzuschlag eingeführt. ■

Claudia Nolte:

Wir verbessern die Förderung der Familien ganz erheblich

In der vergangenen Woche hat die Koalition ein Eckwertepapier zum Familienleistungsausgleich beschlossen. Damit erfüllen wir die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichtes und besteuern Familien nicht das Einkommen, das sie für den Unterhalt ihrer Kinder benötigen. Wir erhöhen das Kindergeld auf 200 DM für das erste und zweite Kind und auf 300 DM für das dritte und jedes weitere Kind. Damit wird die Förderung von Familien mit unteren bis mittleren Einkommen erheblich verbessert.

Der derzeitige Familienlastenausgleich mit Kindergeldzuschlag, Kindergeld, Minderungsstufen, Sockelbetrag und Kinderfreibetrag ist zugegebenermaßen kompliziert. Unser Vorschlag ist dennoch schlüssig und entlastet im Ergebnis die Verwaltung.

Es gibt zwei wesentliche Unterschiede zwischen dem was die SPD will und unserer Lösung. Unser Optionsmodell ist verfassungskonform. Der Einheitsvorschlag der SPD könnte in Karlsruhe nicht bestehen, da er den Vorgaben der einschlägigen Urteile des Bundesverfassungsgerichtes nicht nachkommt. Wir stellen in allen Einkommensgruppen das Existenzminimum für Kinder frei. Wer dagegen polemisiert, der muß sagen, was er denn letztlich will. Entweder, er will die Steuerprogression abschaffen, die von dem Einkommensstärkeren auch einen höheren Steueranteil fordert, oder er nimmt bewußt eine nicht verfassungsgemäße Regelung in Kauf. Unser Optionsmodell ist finanzierbar.

Wir wollen 200 DM Kindergeld für das erste und zweite Kind und 300 für das dritte und jedes weitere Kind bereits am 1. Januar 1996 und nicht erst im nächsten Jahrtausend. Eine Diskussion nach dem Motto „Wer bietet mehr“ ist unseriös. Die Finanzminister der SPD-regierten Bundesländer haben selbst erklärt: Das von der SPD auch heute wieder vorgeschlagene 250 DM Einheitskindergeld sei derzeit überhaupt nicht finanzierbar. Die SPD-Parteigenossen errechneten einen Fehlbetrag von über 13 Mrd. DM. ■

Rainer Eppelmann:

Ein Konzept, das den Familien wirksam hilft

Als „Startsignal für eine kinderfreundlichere Gesellschaft“ hat Rainer Eppelmann, Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) die Koalitionsbeschlüsse zur Weiterentwicklung des Familienlastenausgleichs bezeichnet.

Damit hat die Union ein Kernstück ihrer Identität, die Familienpolitik, neu aufgegriffen. Nicht mit großen Worten sondern mit klaren Taten. Im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative „Kinderfreundliche Gesellschaft“ müssen auch die Bundesländer durch die bedarfsgerechte Versorgung der Familien mit Kindergartenplätzen diesem Anspruch gerecht werden. Auch die Tarifpartner müssen verstärkt durch die Bereitstellung von familienfreundlichen Teilzeitarbeitsplätzen ihren Beitrag leisten, die Erwerbsarbeit mit der Familienarbeit zu versöhnen. ■

Alfred Biehle trifft den Nagel auf den Kopf

Zum Jahresbericht 1994 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:

Alfred Biehle hat in seinem letzten Bericht als Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages die innere Lage der Bundeswehr umfassend bewertet. Wie es seine Pflicht ist, spürt er Defizite auf, ohne allerdings zu verschweigen, daß im Jahr 1994 bedeutsame Fortschritte für die Planungssicherheit der Bundeswehr erzielt worden sind.

Alfred Biehle bleibt mit seinem diesjährigen Bericht nicht an vordergründigen Symptomen hängen. Er mahnt zu Recht den zu geringen Stellenwert der Verteidigung in Gesellschaft und Politik an.

Seine Sorge um den Erhalt des gesellschaftlichen Bewußtseins zur Notwendigkeit von Streitkräften — auch in Abwesenheit einer konkreten Bedrohung — ist mehr als begründet. Anzeichen dafür sind die Folgen des sogenannten „Mörderurteils“, besonders aber die zunehmend verbreitete Auffassung, Wehrdienst und Zivildienst seien gleichrangig.

Der Wehrbeauftragte trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er die Kriegsdienstverweigerung aus pragmatischen Gründen kritisiert und dafür den Wehrdienst als primäre Bürgerpflicht verankert sehen möchte. In der Tat muß letztlich nur der Wehrdienstleistende äußerstenfalls mit seinem Leben für sein Land eintreten. Dagegen bleibt der Zivildienst nur Ersatzdienst für diejenigen, die den

Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen und nicht aus „gewissen Gründen“ verweigern.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird daher die im Laufe der Zeit entstandene Ungleichbehandlung zwischen Wehrdienst- und Ersatzdienstleistenden beseitigen. Erste Schritte zur Steigerung der Attraktivität des Wehrdienstes gegenüber dem Ersatzdienst sind eingeleitet. So werden z. B. die Mobilitätszulage für heimatfern einberufene Grundwehrdienstleistende oder verkürzte Beförderungszeiten bald materielle Verbesserungen bringen.

Diese Maßnahmen sind dabei allerdings nur der Einstieg in eine Attraktivitätsoffensive für Grundwehrdienstleistende, die 40 Jahre nach Gründung der Bundeswehr eine überfällige gesellschaftspolitische Diskussion über den Stellenwert der Streitkräfte und der Allgemeinen Wehrpflicht einleiten sollen.

Materielle Verbesserungen sind unverzichtbar, reichen aber alleine nicht aus. Wehrdienstleistende verdienen vor allem immateriellen Zuspruch der Gesellschaft. Gerade der friedenssichernde Dienst des Soldaten als Gegenkonzentration zu Machtmißbrauch, Gewaltterror und Menschenrechtsverletzung ist ethisch begründet und keinesfalls verwerflich.

Die Bundeswehr bietet mit ihrem 40jährigen Jubiläum die Chance und das Forum für alle politischen und gesellschaftlichen Eliten unseres Landes, sich vorbehaltlos zum friedenssichernden Beitrag unserer Bundeswehr und zum Stellenwert der Allgemeinen Wehrpflicht zu bekennen. ■

Anhaltende Besserung auf dem Arbeitsmarkt

Der Sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Julius Louven, erklärte zur Entwicklung des Arbeitsmarktes im zurückliegenden Monat Februar:

Der konjunkturelle Aufschwung erreicht zunehmend den Arbeitsmarkt. Die Besserungstendenzen halten weiterhin an. Das zeigen deutlich die Ergebnisse im Vorjahresvergleich (Februar 95 gegenüber Februar 94) für das gesamte Bundesgebiet.

■ Die Zahl der Arbeitslosen ist um 215.500 Personen zurückgegangen, das entspricht einem Rückgang von 5,3 Prozent.

■ Besonders deutlich entwickelt sich die Kurzarbeit zurück. Sie verringerte sich um 407.600 Personen, d.h. um 62,4 Prozent.

■ Erfreulich ist auch der Anstieg der gemeldeten Offenen Stellen. Hier ist ein Zuwachs von 54.600 (20,2 Prozent) zu verzeichnen.

Häufig wird, bewußt oder aufgrund fehlender Sachkenntnis, übersehen, daß ein Konjunkturaufschwung den Arbeitsmarkt erst mit Verzögerung erreicht. Deshalb wird in der ersten Erholungsphase nach der Rezession vorschnell beklagt, das Wirtschaftswachstum habe keine Wirkungen auf den Arbeitsmarkt. Tatsächlich reagiert auch in diesem Aufschwung der Arbeitsmarkt positiv.

Gleichwohl dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, daß der größte Teil der bestehenden Arbeitslosigkeit strukturelle und nicht konjunkturelle Ursachen hat. Die Union kann und darf ihre Arbeitsmarktpolitik also nicht allein auf die

Konjunktur stützen. Und sie darf sich auch nicht vor den Karren der Opposition spannen lassen und die Lösung in einer Umverteilung und einem Verstecken von Arbeitslosigkeit durch zwangsweise Arbeitszeitverkürzung und flächendeckende Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen suchen. Es war noch nie die Politik der Union, den Mangel zu verteilen, sondern stets, ihn zu beheben.

Wir müssen deshalb den allein erfolgversprechenden Weg gehen, die strukturellen Schwächen des Arbeitsmarktes zu beheben. Dazu zählt ein Mehr an Flexibilität ebenso wie ein Weniger an Lohnnebenkosten. ■

Bernhard Worms (65) scheidet aus dem Amt

Der ehemalige Fraktionsvorsitzende der CDU im nordrhein-westfälischen Landtag, Bernhard Worms, vollendete am 14. März 1995 sein 65. Lebensjahr.

Der gebürtige Rheinländer aus Stommeln bei Köln war von 1983 bis 1990 Oppositionsführer im Düsseldorfer Parlament. Nach der Wahlniederlage der CDU bei der Landtagswahl 1990 machte Worms den Posten des Oppositionsführers für Helmut Linsen frei. Der CDU-Landesvorsitzende Norbert Blüm holte ihn nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 als beamteten Staatssekretär ins Bundesarbeitsministerium. Aus diesem Amt scheidet Worms, der seit Ende 1990 an der Spitze der Senioren-Union steht, mit dem Erreichen der Altersgrenze Ende des Monats aus.

Rücksicht im Verkehr kommt an

Zur Straßenverkehrsunfallbilanz 1994 erklärte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer (Hamburg):

In der Verkehrssicherheit konnten 1994 deutliche Fortschritte erreicht werden:

- Die Zahl der Getöteten im Straßenverkehr verringerte sich im Jahre 1994 um 1,7 Prozent gegenüber 1993. Nur 1987 wurde in Deutschland eine niedrigere Zahl der Verkehrstoten seit 1953 verzeichnet.

- Die stärksten Abnahmen wurden bei den Zahlen der getöteten Fußgänger (— 7,8 Prozent und der getöteten Pkw-Insassen (— 4,1 Prozent ermittelt).

- Bei den Unfallursachen gab es eine erfreuliche Trendwende: Der Anteil der alkoholbedingten Unfallursachen ging im Westen um 3,5 Prozent und im Osten um 3,7 Prozent zurück.

Leider ist die Zahl der Unfälle mit Perso-

nenschäden insgesamt um 1,8 Prozent auf 392.300 angestiegen.

Besonders starke Rückgänge wurden bei den Getöteten-Zahlen in den Bundesländern Thüringen (— 16 Prozent) und Berlin (— 8,6 Prozent) ermittelt.

Während innerorts und auf Autobahnen deutliche Rückgänge bei den Getöteten-Zahlen um 9,9 bzw. 4,4 Prozent registriert werden konnten, nahm der Anteil der Getöteten auf Landstraßen leicht um 1,3 Prozent zu. In den neuen Ländern verringerte sich die Zahl der Verkehrstoten auf Autobahnen sogar um 20 Prozent und innerorts um 16 Prozent.

Diese erfreuliche Bilanz beim Rückgang der Verkehrstoten bestärkt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das Bemühen um mehr Verkehrssicherheit fortzusetzen. Jeder Unfall ist einer zuviel. Rücksichtnahme, insbesondere gegenüber schwächeren Verkehrsteilnehmern, muß weiter gestärkt werden.

Mit „Schnuppermitgliedschaft“ will die Junge Union in Schulen werben

Die Junge Union will dem sich ausweitenden Mitgliederschwund mit einer massiven Werbekampagne entgegenwirken. Vor allem die Schülerarbeit solle künftig wieder zu einem zentralen Thema werden, kündigte ihr Bundesvorsitzender Klaus Escher vor Journalisten in Bonn an.

In den Schulen solle eine „Schnuppermitgliedschaft“ angeboten werden, mit der junge Menschen für ein Jahr kostenlos der Jungen Union beitreten

können. Nach Angaben des JU-Chefs verliert die Organisation altersbedingt jährlich etwa 8.000 ihrer zur Zeit insgesamt 163.000 Mitglieder. In den kommenden Jahren erwartet die JU einen Rückgang von etwa einem Drittel, da ein großer Teil der Mitglieder bereits älter als 28 Jahre sei.

Klaus Escher: Jeder unserer 12.000 Funktionsträger in den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden ist aufgefordert, mindestens ein neues Mitglied für die Junge Union zu werben.“

Friedrich Bohl:

Hervorragende Aufbauleistung Ost

Kanzleramtsminister Friedrich Bohl hat die Aufbauleistung in Ostdeutschland als hervorragend bezeichnet. Man könne angesichts der unzureichenden Ausgangsbedingungen kein anderes Prädikat wählen, sagte Bohl bei der Vorlage der Leistungsbilanz der Bundesregierung zum Aufbau Ost am 28. Februar in Berlin.

Mißbrauch gebe es überall. Von einer Verschwendung der vom 1. Oktober 1990 bis Ende 1994 in die neuen Länder transferierten 525 Milliarden Mark könne aber keine Rede sein.

Bohl sagte, die vor der Verschwendungsdebatte erstellte Bilanz verstehe er auch als Beitrag zur Versachlichung. Bis Jahresende würden 680 Milliarden Mark nach Ostdeutschland geflossen sein. Die Wirtschaftsentwicklung der neuen Länder befinde sich auf der Beschleunigungspur, allerdings im Vergleich mit den alten Ländern doch nicht auf der Überholspur.

Für 1995 werde wie im Vorjahr ein beeindruckendes Wachstum von 8,4 Prozent erwartet. Die neuen Länder seien in Europa die bedeutendste Wachstumsregion.

Auch am Arbeitsmarkt sei eine Trendwende eingeleitet worden, sagte Bohl. Die Arbeitslosigkeit habe im Dezember mit 1,01 Millionen Personen um 161.000 niedriger als im Vorjahresmonat gelegen. Die Kurzarbeit gehe zurück und die Erwerbstätigkeit nehme zu. Motor des Wachstums sei unverändert der Mittelstand, der 3,2 Millionen Arbeitnehmer beschäftige. Ein Drittel der 460.000 Selbständigen seien Frauen.

Als erfolgreich wertete Bohl das Programm Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur, an dessen Finanzierung sich der Bund mit 50 Prozent der Kosten sowie die Länder und die EU beteiligen. Bis Ende November 1994 seien 30.000 Antragstellern insgesamt 38 Milliarden Mark Fördermittel zugesagt worden, die ein Investitionsvolumen von 144 Milliarden Mark angeregt hätten. Damit seien rund 991.000 Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen worden.

Bohl hob die Anstrengungen der Telekom hervor. Als größter Einzelinvestor werde sie bis 1997 etwa 60 Milliarden Mark in die Modernisierung und Erweiterung des veralteten Telefonnetzes der DDR investiert haben. Seit der Wiedervereinigung bis November 1994 wurden 3,2 Millionen Telefonanschlüsse neu eingerichtet. Ende 1997 würden 90 Prozent der Haushalte über einen Telefonanschluß verfügen.

Zu den Gewinnern der Einheit gehörten ebenso die Rentner. Seit Oktober 1990 seien aus einer Rente von 100 Ost-Mark bis heute 250 D-Mark geworden, betonte Bohl. Seit Jahresanfang betrage die Eckrente 1.484 Mark und entspreche damit 77,2 Prozent des Westniveaus.

Bruno Dörpinghaus †

Kurz vor Vollendung seines 92. Lebensjahres ist Bruno Dörpinghaus verstorben. Der frühere Zentrumsolitiker war einer der Gründer der CDU in Hessen und zeitweilig auch Herausgeber des CDU-Informationsdienstes „Union in Deutschland“ (bis 1951).

Bundeskabinett beschließt Gesamtkonzept zur Ausbildungsförderung

Das Bundeskabinett hat am 8. März 1995 dem von Bundesminister Jürgen Rüttgers vorgelegten Bericht über die Möglichkeiten zur Anpassung der BAföG-Sätze und über die Perspektiven der Förderung einer Aufstiegsfortbildung zugestimmt. Dazu erklärte der Minister in Bonn:

„Mit diesem Bericht liegt ein Gesamtkonzept zur Ausbildungsförderung vor. Es ist ein wichtiger Schritt zur zielstrebigem Verwirklichung der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung. Bereits nach wenigen Monaten kann damit ein wichtiger Bestandteil der Koalitionsvereinbarung umgesetzt werden. Dort heißt es: Wir werden alsbald Vorschläge zur Reform der Ausbildungsförderung unter Einbeziehung der beruflichen Aufstiegsfortbildung vorlegen.“

Der Bericht enthält folgende Kernaussagen:

Aufstiegsfortbildung

Wir sind auf leistungsfähige kleine und mittlere Unternehmen in besonderer Weise angewiesen. Eine Vielzahl selbständiger beruflicher Existenzen ist Voraussetzung für die Sicherung und den Ausbau unserer Wettbewerbsfähigkeit. Mittelständische Betriebe sind wichtige Motoren für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Jede Existenzgründung im Handwerk zieht in den ersten Jahren vier bis fünf neue Arbeitsplätze nach sich. Es droht eine Lücke qualifizierter, innovativer sowie leistungs- und risikobereiter **Nachwachskräfte. Dies gilt für Hand-**

werk und Industrie. Nachwuchsbedarf an mittleren Führungskräften gibt es aber auch im Gesundheitswesen sowie im sozialpflegerischen und sozialpädagogischen Bereich. Angesichts der Altersentwicklung unserer Gesellschaft wird die Bedeutung von leitenden und Lehrfunktionen für die Kranken- und Altenpflege zunehmen.

In den kommenden Jahren werden überdurchschnittlich viele Meisterbetriebe an einen Nachfolger übergeben werden müssen, dabei läßt das Interesse an der beruflichen Aufstiegsfortbildung derzeit nach. Allein im Handwerk suchen etwa 200.000 Handwerks-Unternehmer in den kommenden Jahren einen Nachfolger.

Die durchschnittlichen Maßnahmekosten für Teilnehmer an einer Aufstiegsfortbildung betragen nach Umfragen bei den Kammern für einjährige Vollzeitmaßnahmen 15.000 DM, für Teilzeitmaßnahmen (ca. zwei Jahre) gut 10.000 DM.

Die künftige Förderung der Aufstiegsfortbildung soll Teilnehmern an Bildungsmaßnahmen geleistet werden, die auf eine Berufstätigkeit als Meister oder mittlere Führungskraft vorbereiten.

Die Förderungsfähigkeit ist abhängig von folgenden qualitativen und zeitlichen Kriterien:

● Der angestrebte Abschluß muß über dem Niveau einer Facharbeiter-, Gesellen-, Gehilfenprüfung oder eines Berufsfachschulabschlusses liegen und eine derart abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen.

● Der Abschluß muß durch eine öffentlich-rechtliche Prüfung erzielt werden.

● In Vollzeitform soll die Fortbildungsmaßnahme nicht weniger als sechs Monate und nicht länger als zwei Jahre dauern.

Damit werden die Bildungsmaßnahmen erreicht, die auf entsprechend anerkannte Prüfungen vorbereiten. Beispielsweise nach

● der Handwerksordnung (z. B. Handwerksmeister, Fachkaufmann für Handwerkswirtschaft),

● dem Berufsbildungsgesetz (z. B. Fachkaufleute, Fachagrarwirt, Industriemeister),

● dem Schulrecht der Länder (z. B. staatlich geprüfter Betriebswirt, staatlich geprüfter Techniker).

Beabsichtigt ist die Förderung der Teilnahme an Vollzeit- und Teilzeitmaßnahmen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Teilnehmer an Teilzeitmaßnahmen die Maßnahmekosten, die nicht durch die Förderung abgedeckt werden, in der Regel steuerlich absetzen können.

Die Förderung der Maßnahmekosten soll als Zuschuß geleistet werden, die Beiträge zu den Lebenshaltungskosten teilweise als Darlehen. Die Förderung des Lebensunterhaltes wird abhängig sein vom Einkommen und Vermögen des Fortbildungsteilnehmers und seines Ehegatten, nicht aber seiner Eltern.

Das Gesetz gilt für etwa 90.000 Begünstigte.

Höhere Freibeträge

Der Deutsche Bundestag hat am 16. Juni 1994 die Bundesregierung aufgefordert, die Möglichkeit einer Erhöhung der Bedarfssätze zum Herbst 1995 zu prüfen und ihm darüber bis zum 1. März 1995 zu berichten.

Die Anhebung der Bedarfssätze sowie die

Änderung der Härteverordnung zur Berücksichtigung besonderer Entwicklungen in den neuen Bundesländern (zusätzlicher Wohnzuschlag, Westbedarf für Westwohner) ist vor diesem Hintergrund zum Herbst 1995 angemessen und möglich. Ich habe vorgeschlagen, im Rahmen der 17. BAföG-Novelle die Bedarfssätze um vier Prozent noch in diesem Jahr zu erhöhen. Im übrigen bleibt es bei der in der Beschlußfassung des Deutschen Bundestages vom 16. Juni 1994 vorgesehenen Anpassung der Sozialpauschalen zum Herbst 1995 sowie der Anhebung der Freibeträge um vier Prozent.

Eine Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge sowie eine Anpassung der Sozialpauschalen vor dem ins Auge gefaßten Termin Herbst 1995 kommt aus sachlichen Gründen nicht in Betracht. Unterstützung kann nicht für in der Vergangenheit liegenden Zeiträume gewährt werden. Dieser Grundsatz hat im Sozial- und Unterhaltsrecht generell Gültigkeit. Für das BAföG bedeutet dies, daß eine Anhebung grundsätzlich nur mit Wirkung für die Zukunft erfolgt.

Strukturelle BAföG-Reform

Aus meiner Sicht ist es erforderlich, auch eine generelle Novellierung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes so vorzunehmen, daß gemeinsam mit den Ländern eine Reform des Hochschulwesens aus einem Guß möglich wird. Der Bericht beschreibt daher die Themenkomplexe, die die notwendige Strukturreform im Hochschulbereich unterstützen können und bei denen struktureller Reformbedarf in der Ausbildungsförderung besteht.

Dazu zählen:

- die Neuordnung der Förderungshöchstdauer,
- die Einschränkung der Förderung von Studierenden, die einen Fachrichtungs-

wechsel vorgenommen haben oder die ein Zweitstudium absolvieren sowie

● die Förderung von Berufsakademie-Absolventen in Zusatzausbildungen.

Die Förderungshöchstdauer nach dem BAföG soll sich an den verkürzten Regelstudienzeiten der Studienreform orientieren, auf die sich Bund und Länder im Eckwertepapier zur Vorbereitung des bildungspolitischen Spitzengesprächs 1993 geeinigt haben. Danach gelten für Universitätsstudiengänge künftig generell neun Semester, für Fachhochschulstudiengänge acht Semester als angemessen. Neben der notwendigen Vereinheitlichung der Förderungshöchstdauerverordnung des BAföG wird damit ein wichtiger Beitrag zur notwendigen Verkürzung der Studienzeiten geleistet. Aus der Fördererstatistik 1992 ergibt sich, daß rund 4.000 Studenten in Zweitstudien gefördert wurden. Dies macht einen Gesamtaufwand von ca. 38,5 Millionen DM aus. Der Beirat für Ausbildungsförderung empfiehlt, den Rechtsanspruch auf Förderung von Ergänzungs-, Aufbau- und Zusatzstudien aufzugeben. Diese Studiengänge sollten ausschließlich im Rahmen der Graduiertenförderung oder von Stipendienregelungen berücksichtigt werden. Davon ausgenommen sind auch künftig Zweitausbildungen, die für die Aufnahme des Berufes rechtlich erforderlich sind.

Absolventen von Berufsakademien, die aufgrund von landesrechtlichen Gleichstellungen ihres Abschlusses mit einem Fachhochschulabschluß zu einem weiterführenden Hochschulstudium zugelassen werden, werden demnächst unter denselben Voraussetzungen wie Fachhochschulabsolventen Ausbildungsförderung nach BAföG erhalten.

Nach der 13. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks ist die Quote der Studienfachwechsler erheblich, sie zeigt eine zunehmende Tendenz und beträgt in den alten Ländern derzeit durchschnittlich 20 Prozent. Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat beschlossen, durch intensive Studienberatung der Hochschulen nach dem 2./3. Fachsemester in kritischen Fällen auch den Fachrichtungswechsel anzuraten. Es ist daher zu prüfen, ob künftig vom Ergebnis dieser Beratung die Förderung nach einem Fachrichtungswechsel abhängig gemacht werden soll. Damit kann erreicht werden, daß der Fachrichtungswechsel zu einem möglichst frühen Zeitpunkt stattfindet.

Vorgesehen sind auch weitere Angleichungen zugunsten der Studenten und Schüler in den neuen Ländern, beispielsweise bei den noch unterschiedlichen Regelungen des Berechnungszeitraumes für das Einkommen der Eltern und des Ehegatten des Auszubildenden. ■

Stinkende Autos teurer

Besitzer alter Autos mit hohen Schadstoffwerten müssen vom kommenden Jahr an mit einer höheren Kfz-Steuer rechnen. Wer dagegen mit modernen Kat-Fahrzeugen fährt, soll künftig weniger an den Staat zahlen. Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann kündigte eine entsprechende emissionsorientierte Staffelung der Kraftfahrzeugsteuer an, die bereits zum 1. Januar 1996 in Kraft treten könnte.

Gegen längere Tiertransporte

Bund und Länder sind sich darin einig, daß Tiertransporte nicht länger als acht Stunden dauern sollen. Der Bundesrat billigte einstimmig eine Entschließung, wonach auf jeden Fall eine europäische Regelung auf der Grundlage der deutschen Vorstellungen abgeschlossen werden soll. Falls dies nicht möglich sei, soll Bonn erneut eine nationale Verordnung zur Beschränkung der Transportdauer erlassen.

Eggert: Höppner und PDS gefährden innere Sicherheit

Der sächsische Innenminister Heinz Eggert (CDU) hat sich in den Streit um den Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt eingeschaltet. Eggert kritisierte die mit den Stimmen der PDS durchgesetzte Entscheidung die geplanten 131 Stellen für den Verfassungsschutz bis 1998 auf 80 zu reduzieren.

An die Adresse von Ministerpräsident Reinhard Höppner (SPD) gerichtet, betonte Eggert: „Wer sich von der PDS abhängig macht, muß sich nicht wundern, wenn ihm das Handwerkszeug entzogen wird und dadurch die innere Sicherheit in Gefahr gerät.“ Nach den Worten Eggerts setzt Höppner damit die Verteidigung der Demokratie fahrlässig aufs Spiel. Wie Eggert zu den Aufgaben eines modernen Verfassungsschutzes

erläuterte, befinde sich der Rechtsextremismus im Umbruch von großen, überregionalen Organisationen in kleingliedrige und verzweigte Strukturen. Darüber hinaus orientiere sich die Spionage neu und entwickle andere Methoden. Sind weniger Mitarbeiter beim Verfassungsschutz tätig, kann, so folgerte Eggert, weder ein authentisches Bild von Extremismus und der Spionagetätigkeit erzeugt noch die erkannten Strukturen wirkungsvoll bekämpft werden.

Eggert verwies in diesem Zusammenhang auf die Erfolge des sächsischen Verfassungsschutzes bei der Bekämpfung links- wie rechtsextremistischer Organisationen. In Sachsen, so der Innenminister, werde die Personalstärke des Verfassungsschutzes bis zum Jahresende deutlich erhöht.

Linksbündnis perfekt

Zur Verabschiedung des Landeshaushalts Sachsen-Anhalt mit den Stimmen der PDS erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Clemens Schwalbe:

Die Verabschiedung des Landeshaushalts von Sachsen-Anhalt mit Stimmen der PDS zeigt uns eindeutig die Abhängigkeit der SPD-geführten Landesregierung unter Ministerpräsident Höppner von der PDS. Ausreden oder ein Leugnen nutzen nicht mehr.

Für den Rechtsstaat weit gefährlicher und garadezu skandalös ist aber die erpresserische Art und Weise, wie die PDS die SPD-Regierung unter Druck in die Abhängigkeit zwang: Gemeinsam mit

Bündnis 90/Grüne setzte sie vor der Verabschiedung des Gesamthaushalts quasi als Bedingung die gravierende Personal Kürzung des Landesverfassungsschutzes auf 80 Stellen durch. Damit macht die PDS natürlich schon aus Eigennutz den Landesverfassungsschutz handlungsunfähig, nämlich die Beobachtung des linksradikalen Spektrums mangels Personals jederzeit verhindern zu können.

Unverständlich ist das Verhalten von Bürgerrechtlern im Bündnis 90/Grüne, daß sie mit ihren einstigen Unterdrückern gemeinsame Sache machen, ja sie geradezu zu dieser Entscheidung animierten.

Das Linksbündnis in Sachsen-Anhalt ist jetzt perfekt. Wegen eines augenblicklichen Erfolges und des Machterhalts hat sich die SPD freiwillig in die Abhängigkeit von der PDS begeben. ■

Obdachlosigkeit nicht nur diskutieren, sondern beseitigen

Zu den Beratungen in verschiedenen Ausschüssen des Deutschen Bundestages, die Situation der Obdachlosen zu verbessern, erklärte der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy:

Wir dürfen die gesamtgesellschaftliche Herausforderung der Obdachlosigkeit, die nur zum Teil eine wohnungspolitische Aufgabenstellung ist, in den nächsten Wochen und Monaten nicht aus den Augen verlieren. Erfreulicherweise zeichnet sich im Deutschen Bundestag eine breite Zusammenarbeit über Fraktionsgrenzen hinaus ab.

Mehr und mehr setzt sich die Erkenntnis durch, daß die Ursachen für Obdachlosigkeit, für den Verlust der Wohnung oder die Schwierigkeiten, neuen Wohnraum zu finden, vielfältig sind. Vielfach sind es Einkommensprobleme, hervorgerufen durch den Verlust des Arbeitsplatzes oder durch Partnertrennung. Aber auch Krankheit, Verschuldung, Alkoholismus, Drogenprobleme oder persönliche Konfliktsituationen, vielfach ein Zusammentreffen mehrerer dieser Faktoren, können Auslöser der Obdachlosigkeit sein.

Hier gilt es, den Mut zu einer ehrlichen Diskussion zu haben. Wer das Thema ausschließlich als wohnungspolitisches Problem begreift, springt zu kurz. Einfache Lösungswege, oft verbunden mit gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, helfen nicht weiter. Wir brauchen statt dessen verschiedene und differenzierte Strategien und vor allen Dingen eine wesentlich bessere Zusammenarbeit von

Bund, Ländern und Gemeinden einerseits, angesichts der vielfach zersplitterten Zuständigkeiten auf allen staatlichen Ebenen sowie bei Trägern der Sozialhilfe und Wohlfahrtspflege, den Kirchen, Fachverbänden, Wohnungsunternehmen und der organisierten Selbsthilfe der Betroffenen andererseits.

Die Koalitionsfraktionen setzen sich im Bundeshaushalt 1995 für die verbilligte Abgabe von Bundesliegenschaften ein, damit Obdachlosen-Unterkünfte, Wohnungen und Selbsthilfeprojekte errichtet werden können. Daneben wird im Haushaltsplan die Möglichkeit eröffnet, nach Einigung mit Ländern und Gemeinden über ein gemeinsames Programm auch Haushaltsmittel aus dem Bereich des sozialen Wohnungsbaus gezielt zum Abbau der Obdachlosigkeit einzusetzen.

Dies hat aber nur dann Sinn, wenn die unproduktive Diskussion zwischen Bund und Ländern über sogenannte Dotationsauflagen genauso aufhört wie die Weigerung vieler Kommunen, den Empfehlungen des Deutschen Städtetages nachzukommen, kommunale integrierte Fachstellen einzurichten, um wohnungs- und sozialpolitische Maßnahmen sowie andere Hilfsangebote wirksam zu verknüpfen.

In diesen Tagen hat im Deutschen Bundestag ein erstes fraktions- und ausschußübergreifendes Gespräch stattgefunden, um Vorschläge aus allen Bundestagsausschüssen zusammenzutragen, die den Anteil des Bundes in einem gemeinsamen Bund-Länder-Kommunen-Konzept betreffen könnten. ■

Generalsekretär Peter Hintze:

Scharping darf Aufstachelung zum Generationenhaß nicht dulden

In einem soeben erschienenen Buch der SPD-Politikerin Heidi Schüller spricht sich die in Köln lebende Ärztin und Mitglied im Schattenkabinett von Rudolf Scharping für eine Herabsetzung des Wahlalters für ältere Menschen aus. In dem Buch „Die Alterslüge“ sagt sie die Zukunft der Jugend sei durch die Diktatur der Alten gefährdet. Deshalb müsse das Wahlrecht nach oben eingeschränkt und die Übermacht der alten Wähler gebrochen werden.

Dazu Peter Hintze: „Aus diesen Zitaten spricht der blanke Zynismus. Wer älteren Menschen das Wahlrecht beschneiden will, weil sie ein hohes Lebensalter erreichen, verhält sich inhuman und undemokratisch. Ich fordere Rudolf Scharping auf, sich umgehend von den ungeheuerlichen Thesen seiner Schattenministerin zu distanzieren.“ Scharping macht sich moralisch mitschuldig, wenn er Schüllers Aufstachelung zum Generationenhaß schweigend akzeptiert.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (55): „Ausgerechnet die im SPD-Schattenkabinett von Rudolf Scharping für das Amt der Gesundheitsministerin vorgesehene Heidi Schüller will eine Entmündigung der Alten. Daß sie an eine Limitierung des Wahlrechts im Alter überhaupt denkt, läßt einem das Blut in den Adern erstarren.“

Hans-Ulrich Klose (57, Vorsitzender der SPD-Seniorenkommission „60 plus“): „Ich war entsetzt, als ich dies las. Die

Aussagen von Frau Schüller über die ältere Generation sindbarer Unsinn. Die ältere Generation lebt nicht auf Kosten der jüngeren, sondern nimmt das in Anspruch, was sie sich durch eigene Beiträge erworben hat. Die Forderung, den Alten das Wahlrecht zu nehmen, kommt einer politischen Entmündigung gleich.“

★

Das ist schon starker Tobak, zumal sich das alles bislang ganz anders las. Da wurde allgemein beklagt, daß die Alten ins Heim abgeschoben würden, weil sie zu sonst nichts mehr taugen und den Kindern nur lästig fallen. Nun aber haben wir — Heidi Schüller sei Dank — ihren Wert wiederentdeckt. Statt Vater und Mutter zu ehren, kassieren die Kinder die Rente und bringen die Alten in regelmäßigen Abständen zum Gesundheitsamt, um nachprüfen zu lassen, ob sie noch helle genug sind, um zur Wahl gehen zu dürfen. Sicher, der Sozialstaat hat sich anscheinend überfordert, aber es waren und sind noch immer die Sozialdemokraten, die sich vehement gegen einen Umbau, geschweige denn einen Abbau wenden und beharrlich leugnen, daß aus dem ständigen Mißbrauch sozialer Hilfen Konsequenzen gezogen werden. Doch was auch immer notwendig ist — Leistungen muß die junge Generation erbringen, und die 44jährige Frau Doktor zählen wir großzügig dazu. Alten Menschen dagegen ans Portemonnaie zu gehen, ist nicht nur dumm, sondern auch schäbig.

Bonner Rundschau, 15. März 1995

CDU-Landeschef Christian Wulff:

Das Maß ist endgültig voll Frau Griefahn sollte zurücktreten

Die Fakten, die in der „Familien-Filz-Affäre“ um die niedersächsische Umweltministerin Monika Griefahn (SPD) bekannt geworden sind, reichen aus, um Frau Griefahn ihres Amtes zu entheben. Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat am 15. März 1995 in einem Entschließungsantrag die Entlassung der Umweltministerin gefordert.

Begründung ist, daß ihr Ehemann, Dr. Michael Braungart, Chef des EPEA-Instituts in Hamburg, versucht hat, seit 1991 den für die EXPO-Verantwortlichen sein Konzept für die Weltausstellung anzudienen, mit dem Ziel, seinem Institut eine Einnahme von 620 Millionen DM zu verschaffen. Hierbei hat ihn Frau Griefahn massiv unter Mißbrauch ihres Ministeramtes unterstützt.

Frau Griefahn hat dabei zum wiederholten Male gegen ihre Amtspflichten als Ministerin verstoßen, in dem sie dienstliche mit privaten Zwecken vermengt hat.

Frau Griefahns Entlassungen, sie hätte von dem Papier nichts gewußt, leuchtet nicht ein, denn daß zwischen Ehepartnern über dererlei bedeutende Vorgänge nicht gesprochen worden sein soll, zumal es sich um die gewaltige Summe von rund 620 Millionen DM handelt, ist unglaublich unwürdig.

Die CDU fordert — wie die Grünen — den Rücktritt von Umweltministerin Monika Griefahn.

Wenn der eingebrachte Antrag der CDU-Landtagsfraktion auf Entlassung der Umweltministerin scheitert, wird die CDU-Fraktion einen Untersuchungsaus-

schuß durch den Landtag einsetzen lassen. Nach Auffassung der CDU-Fraktion muß die Ministerin ihr Amt auch während der Dauer eines Untersuchungsausschusses ruhen lassen.

Der von Schröder eingesetzte sogenannte unabhängige Prüfer dient nur zur Verzögerung des Verfahrens und ermittelt auf zweifelhafte Weise am Parlament vorbei.

Umweltministerin Monika Griefahn (SPD) schadet durch ihr Verhalten dem Land Niedersachsen

Für den durch den Sozialdemokraten Schröder an den Sozialdemokraten Simon ergangenen Ermittlungsauftrag in Bezug auf das Verhalten der Sozialdemokratin Griefahn gibt es keinerlei rechtliche parlamentarische Grundlage. Für den durch Schröder erteilten Ermittlungsauftrag fehlt es an rechtlichen Möglichkeiten, Zeugen zu vernehmen, Akten einzusehen (Datenschutz!) beziehungsweise zu beschlagnahmen und eigenständig Ermittlungen zu führen. Dem Untersuchungsausschuß dagegen dürfen keinerlei Akten vorenthalten werden, während der Ermittler Simon auf die konstruktive Mitarbeit von Frau Griefahn angewiesen ist. ■

Berichtigung! Im UID 8/95 vom 9. März ist uns beim Computer-Spiel „Dunkle Schatten“ (Seite 13) ein bedauerlicher Fehler bei der Telefonangabe unterlaufen. Die Vorwahlnummer für Dresden lautet richtig: 0351.

Gerd Langguth:

Suche nach Sicherheiten

Deutschland ist das einzige Land der Welt, in dem zwei tiefgreifende Umformungen gleichzeitig ablaufen: im Westen ein Modernisierungsprozeß, im Osten der Übergang von einer Kommandowirtschaft in eine marktwirtschaftliche Ordnung. Die Deutschen sind auf der „Suche nach Sicherheiten“, so der Titel des Buches von Gerd Langguth, das eine politisch-philosophische Standortbegründung liefert.

Niemand konnte erwarten, daß das Zusammenwachsen Deutschlands ohne starke Reibungen verlaufen würde. Die dramatischen gesellschaftlichen Veränderungen im Osten und Westen Deutschlands, die in diesem Buch durch zahlreiche Schaubilder und Umfragen belegt werden, verweisen zugleich darauf, daß die Welt komplexer geworden ist und das Gefühl von Unsicherheit zunimmt. Die neue Vielfalt der Lebensstile verstärkt diese Unsicherheiten des einzelnen. Obgleich erstmals seit vielen Jahrzehnten in Deutschland Demokratie, Staat und Nation als eine Identität zusammenrücken und Orientierung bieten könnten, bleibt es bei der Erkenntnis: Die Deutschen können der Last der Geschichte nicht entfliehen. Zugleich aber lehren die geschichtlichen Erfahrungen, daß europäische und deutsche Identität kein Gegensatz mehr sind.

Die Hauptkapitel des Buches lauten: Wertewandel und Jugend in Deutschland; Einstellung der Deutschen zur Politik; Die Deutschen und ihre Nation; Die ökonomische Herausforderung des wiedervereinigten Deutschland; Deutschland in der internationalen Politik. Das Buch rundet sich zu einem politischen Psychogramm der Deutschen.

Zu bestellen bei der

**Deutschen Verlags-Anstalt GmbH, Neckarstraße 121, 70190 Stuttgart
Postfach 106012, 70049 Stuttgart.**

312 Seiten mit 24 Schaubildern und Tabellen. Gebunden mit Schutzumschlag: 42,— DM.

Aus JU-Pressedienst wird in Zukunft FACTEN!

Der bisherige Pressedienst der Jungen Union Deutschlands (JUP) wird zum April von der CDU/CSU-Jugendorganisation im Zuge einer Modernisierung der internen Informationsmedien eingestellt.

Alle ca. 6.000 Funktionsträger der JU erhalten dann im 3-Wochen-Turnus den neuen Informationsdienst

FACTEN, der kürzer und in mehr Einzelaspekten über jugendpolitische und JU-interne Aktivitäten berichtet. FACTEN wird für Interessierte auch im Abonnement beziehbar sein.

Die Medien erhalten ihr FACTEN-Exemplar per Post, die bisherige zusätzliche Versendung der ersten Seite als Fax entfällt.

Startsignal für den Wechsel

Die schleswig-holsteinische CDU ist bereit für den Regierungswechsel im Jahr 1996 mit ganzer Kraft zu kämpfen. Das ist das Fazit des CDU-Landesparteitages vom 11. März in Raisdorf bei Kiel. Mit einem überzeugenden Votum von 281 von 326 Stimmen (86,2 Prozent) wurde der CDU-Landesvorsitzende Otfried Hennig nach 1989 zum drittenmal als Landesvorsitzender bestätigt. Otfried Hennig, der zugleich Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion ist, ließ in seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede keinen Zweifel daran, daß die Union am 24. März 1996 die SPD-Regierung in Schleswig-Holstein ablösen will.

Die SPD-Regierung habe nach sieben Jahren abgewirtschaftet, sagte Hennig. Noch nie in der Geschichte des Landes Schleswig-Holstein seien so viele Minister zurückgetreten wie in der derzeitigen Legislaturperiode. Der wiedergewählte CDU-Landesvorsitzende machte auch deutlich, daß die Wahlerfolge der SPD von 1988 und 1992 auf Lug und Trug gegründet seien. Der ehemalige Ministerpräsident, Kanzlerkandidat und Bundesvorsitzende der SPD, Engholm, der von seiner Partei zur Lichtgestalt hochstilisiert worden sei, sei kein Unschuldslamm gewesen, sondern selbst tief in die Ereignisse von 1987 verstrickt. „Wie schlimm ist eigentlich der Zustand der Sozialdemokraten nach nur knapp sieben Regierungsjahren, daß die Ministerpräsidentin droht, den Wahlkampf ohne die eigene Partei zu führen?“ fragte Hennig unter dem Beifall der rund 350 Delegierten.

Wer Schleswig-Holstein regieren wolle, müsse mehr tun, als flotte Sprüche reiben. Die Regierungsbilanz von Frau

Simonis falle insgesamt negativ aus. Sie werde oft mit der Verschlankung des Staates in Verbindung gebracht. Aber mit dem Einprägen auf Beamte lasse sich kein zentrales Problem Schleswig-Holstein lösen. Darüber hinaus seien in ihrer Verantwortung als Finanzministerin und als Ministerpräsidentin 432 neue Stellen in den Spitzen der Ministerien geschaffen worden.

Bei steigenden Schülerzahlen würden Lehrerstellen abgebaut und die Landes-SPD beschließe die flächendeckende Einführung der Gesamtschule als Lösung für die bildungspolitischen Probleme. Entscheidende Zukunftsprojekte für die Infrastruktur des Landes kämen nicht voran und statt konstruktiver Zusammenarbeit beherrsche Streit des Verhältnis zwischen den norddeutschen SPD-Landesregierungen in Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Die Ausgangslage am Beginn des entscheidenden Vorwahljahres sei klar, sagte Otfried Hennig. Die SPD habe sich selbst verheddert in einem Gespinnst aus Widersprüchen, Unglaubwürdigkeiten und Unwahrheiten, mit denen sie zweimal die absolute Mehrheit im Landtag errungen habe. Diese Basis sei inzwischen zerbrochen. Jeder im Lande wisse, daß die SPD über Jahre hinweg der Öffentlichkeit ein falsches Bild vorgespielt habe. „Den Hochmut der SPD haben wir erlebt und erlitten“, sagte Otfried Hennig, „jetzt kommt der Fall“.

Die CDU Schleswig-Holstein habe ihre Positionen in wichtigen Feldern der Politik abgesteckt. In der Bildungspolitik halte sie fest am besseren und verbesserten gegliederten Schulsystem, das behutsam und mit Sachverstand aber nicht mit

Ideologie weiterentwickelt werden müsse. Zur Bekämpfung der Kriminalität habe die CDU-Landtagsfraktion ihr Programm „Sicheres Schleswig-Holstein“ vorgelegt und zur Förderung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein sei klar, daß es mit der CDU hausgemachte Belastungen der Wirtschaft wie Wassergroschen, Müllmarkt, kommunale Bagatellsteuern und die geplante Katastrophenschutzabgabe nicht geben werde. Es müsse darauf ankommen, neue Technologien nach Schleswig-Holstein zu holen und nicht in Technikfeindlichkeit zu erstarren, wie dies für weite Teile der SPD gelte. Hennig kündigte an, daß der in Raisdorf neugewählte CDU-Landesvorstand sofort nach seiner Konstituierung am 19. März die Arbeit am Regierungsprogramm für die Jahre 1996 bis 2000 aufnehmen werde. Dies werde die konkrete und bessere Alternative zur Politik der SPD in allen Bereichen der Landespolitik enthalten. Anfang September werde das Programm verabschiedet, mit dem dann bis zum Wahltag am 24. März ein engagierter Wahlkampf geführt werden könne. Dabei setze die CDU Schleswig-Holstein auch auf die Unterstützung der Bundespartei und Hilfe von Bundeskanz-

ler Helmut Kohl. Die Ausgangslage für einen Wahlsieg der CDU sei so gut wie nie zuvor seit 1988. Der Landesparteitag war das Startsignal für den Wechsel. „Die CDU wird nun im ganzen Land, in jeder Stadt und in jedem Dorf die Stimmung für den Wechsel zu einer besseren Politik für Schleswig-Holstein verbreiten“, sagte der alte und neue Landesvorsitzende, der sich als Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 24. März 1996 mit dem Raisdorfer Landesparteitag eine glänzende Startposition verschafft hat.

Dem neuen Landesvorstand gehören an: **Landesvorsitzender:** Ottfried Hennig, MdL; **stellvertretende Landesvorsitzende:** Eberhard DallAsta, MdL, Gudrun Hunecke, MdL, Thomas Stritzl, MdL, Peter Kurt Würzbach, MdB; **Schatzmeister:** Michael von Schmude, MdB; **stellvertretender Schatzmeister:** Otto Bernhardt; **Landesgeschäftsführerin:** Birgit Pohl.

Beisitzer sind: Jochen von Allwörden, Peter Bendixen, Reimer Böge, Torsten Geerds, Elisabeth Pier, Timo Scheil, Brita Schmitz-Hübsch, Caroline Schwarz, Carsten Thomsen-Bendixen, Angelika Volquartz, Johann Wadephul und Gert Willner. ■

Umfassende Informationen zur Klimakonferenz in Berlin

Mit einem Anschreiben von Bundesgeschäftsführer Hans-Joachim Reck haben die rund 400 Umweltbeauftragten der CDU-Kreisverbände umfassende Informationen über die 1. Vertragsstaaten-Konferenz zur Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen erhalten, die vom 28. März bis 7. April

in Berlin stattfindet. Neben der Uid-Dokumentation „Ökologische und Soziale Marktwirtschaft: Wachstum umweltverträglich gestaltet — Eine Bilanz erfolgreicher Umweltpolitik (Uid 8/1995) enthält die Aussendung auch Aktionsvorschläge und Flugblattentwürfe.

RCDS Bundesdelegiertenversammlung

Strukturreform an den Hochschulen gefordert

„Der RCDS fordert Bund und Länder auf, in diesem Jahr die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes und eine angemessene BAföG-Angleichung auf den Weg zu bringen“, erklärte der neugewählte Bundesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Wichard v. Heyden, auf einer Pressekonferenz in Bonn.

Der 24jährige Theologiestudent aus Heidelberg wurde am 4. März von der 48. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung des bundesweit größten politischen Studentenverbandes gewählt. Die Vertreter aus 84 Universitäten und Fachhochschulen wählten den 23jährigen Jurastudenten Stefan Fritz aus Augsburg zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Bundesschatzmeister. Mit dem 25jährigen Geschichtsstudenten Hoger Thuß aus Jena wählten sie zum ersten Mal einen Vertreter aus den neuen Bundesländern zum weiteren stellvertretenden Bundesvorsitzenden.

Der RCDS-Bundesvorsitzende erklärte anschließend: Der RCDS fordert, durch eine Änderung des Hochschulrahmengesetzes Strukturreformen an den Hoch-

schulen vorzunehmen. Die Bundesregierung muß jetzt mit einem konkreten Gesetzesvorschlag die Initiative ergreifen, um die Dauerblockade zwischen Bund und Ländern zu beenden!

Der RCDS hat auf seiner Bundesdelegiertenversammlung unter anderem detaillierte Konzepte für eine leistungsbezogene Mittelvergabe an die Hochschulen und die dafür erforderliche Erneuerung ihrer Leistungsstrukturen beschlossen.

Mit Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers diskutierten die RCDS-Delegierten unter anderem über die Angleichung des BAföG an die durchschnittliche Preisentwicklung. Dabei forderte der RCDS die Bundesregierung auf, die Erhöhung der BAföG-Sätze zumindest rückwirkend zum Herbst 1994 vorzunehmen und den geplanten Studienstandsnachweis nach dem zweiten Semester zu streichen. Die Delegierten begrüßten mit großem Beifall, daß Bundesbildungsminister Rüttgers in seiner Rede der Einführung von Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt hat.

Seminar: Videotechnik in der Jugendarbeit

Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. veranstaltet vom 31. März bis 2. April 1995 ein Seminar zum Thema „Videotechnik in der Jugendarbeit“, zu dem sowohl interessierte Jugendliche als auch Multiplikatoren in der Jugendarbeit herzlich eingeladen sind. Nähere Informationen sind erhältlich in der Bundesgeschäftsstelle von Frischluft e.V., Annaberger Str. 283, 53175 Bonn, Tel.: 0228/310023, Fax: 0228/314703.

Sympathiewerbemittel

WIR MACHEN UNS STARK FÜR
EUROPA

DIE
 EUROPA-
 STRASSEN

E10 E1 E53 E5

Das europäische Fernstraßen-Netz 1.4.5 Mio.

CDU



Europa-Straßenkarte

Bestell-Nr.: 19542

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 100,— DM

● Reflektorbärchen

Bestell-Nr.: 9558

Verpackungseinheit: 1 Set à 25 Expl.

Preis je Set.: 34,90 DM

● Umweltkugelschreiber

Bestell-Nr.: 9430

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 35,— DM

● Plastikball

Bestell-Nr.: 9933

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 27,50 DM

● Schlüsselanhänger mit Geduldspiel

Bestell-Nr.: 9455

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 26,25 DM

● Farbstifte-Set

Bestell-Nr.: 9250

Verpackungseinheit: 10 Sets

Preis je 10 Sets.: 17,50 DM

● CDU-Bleistift (naturbelassen)

Bestell-Nr.: 9036

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 27,— DM

● Nähset mit Heftpflaster

Bestell-Nr.: 9407

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 21,— DM

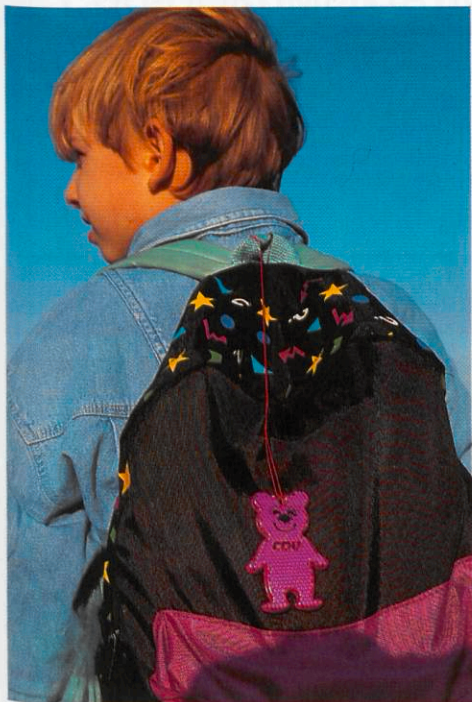
Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

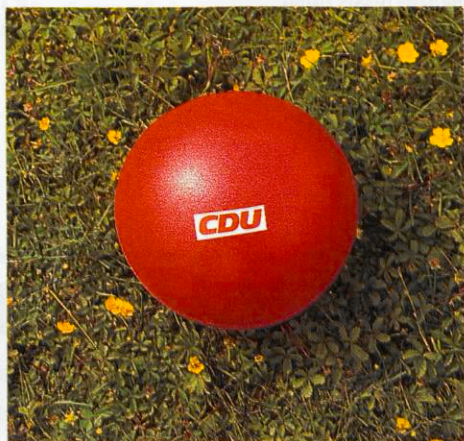
Postfach 1164

33759 Versmold

Fax 054 23/4 1521



● Reflektorbärchen



● Plastikball



● Schlüsselanhänger



● Umweltkugelschreiber



● Farbstifte

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Sympathiewerbemittel



● Fensterschwamm

Bestell-Nr.: 9488

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 29,— DM

● Baumwolltragetasche

Bestell-Nr.: 9388

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 25,— DM

UiD

9/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.